Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

20. Sitzung vom 22. Januar, mittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung eines Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Zolltarifs.

Reichsschatzsekretär Graf **v. Posadowsky** giebt eine Begründung der Novelle. Zunächst müsse der Zolltarif vom 24. Mai 1885 in Nr. 5 auf eine Erhöhung des Aetherzolles hin abgeändert und zwar auf die Höhe des Branntweinzolles gebracht werden, schon aus dem Grunde, weil Aether zur Fabrikation von Likören und Parfümerien verwandt und durch den niedrigen Zoll auf Aether die inländische Produktion geschädigt werden würde. Besonders wichtig seien die Bestimmungen, die sich auf den Holzzoll beziehen. In den Grenzbezirken soll von nun an Bau- und Nutzholz für den häuslichen und handwerksmäßigen Bedarf nur dann zollfrei eingeführt werden, wenn es in Traglasten eingeht oder mit Zugthieren gefahren wird. Die Aenderung des Zolles auf Kakao-Oel bezwecke, die Chokoladen-Industrie zu schützen, deren Nebenprodukte Kakao-Oel oder Kakaobutter seien. Künstlicher Honig müsse in Zukunft statt 20 M. 36 M. Zoll zahlen, desgl. fester und flüssiger Zucker. Diese Erhöhung werde gerade den kleinen inländischen Bienenzüchtern, Dorfschullehrern, Landpastoren usw. zu gute kommen. Auch eine Erhöhung des Zolles auf Speiseöl von 4 auf 10 M. hat sich als dringend nothwendig erwiesen, denn die Verwendung des Baumwollen-Samenöls zu Speisezwecken, die früher unbedeutend gewesen sei, habe sich während der letzten Jahre bedeutend verstärkt. Auch Parfümerien müßten einen höheren Zoll tragen; sie seien deshalb in der Vorlage an Zollhöhe dem Branntwein gleichgestellt. Unter diese Parfümerien seien zu rechnen flüssige alkohol- oder ätherhaltige Parfümerien, einschließlich der alkohol- oder ätherhaltigen Kopf-, Mund- und Zahnwässer.

Zum Schluß bittet der Schatzsekretär, die Vorlage möglichst schnell zu berathen, damit das amtliche Waarenverzeichniß noch spätestens bis Ende Mai fertiggestellt werden könne. Die baldige Fertigstellung dieses amtlichen Waarenverzeichnisses sei dringend erwünscht im Interesse des inländischen Handels, der gesammten deutschen Industrie.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.) beantragt die Ueberweisung der Novelle an eine Kommission von 14 Mitgliedern, welche zu erwägen haben werde, ob z. B. der Landwirthschaft nicht noch durch weitere Zölle geholfen werden könne. Redner befürwortet insbesondere eine hohe Bezollung des Quebrachoholzes, das die deutschen Eichenschälwaldungen und die Lohe-Industrie schwer zu schädigen geeignet sei. Die Schälwaldbesitzer aber wollten den Zoll haben, um sich nicht ruiniren zu sehen, und viele große Gerbereien hätten sich dem Wunsche angeschlossen. Die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses habe einstimmig den Petitionen auf Einführung des Quebrachozolles zugestimmt und dementsprechende Vorschläge an die preußische Regierung gemacht; auch der Rheinische Provinzial-Landtag habe sich einstimmig den Petenten angeschlossen. Die Frage, ob der Quebrachozoll eine Verletzung der bestehenden Handelsverträge bedeute, biete keine Schwierigkeiten; denn kein Mensch habe bei Festsetzung der Vertrags-Tarife daran gedacht, daß Quebrachoholz als Gerberlohe zu betrachten und demgemäß in die Zollfreiheit der Handelsverträge einzuschließen.

Abg. **Buddeberg** (Freis. Volksp.): Der Vorredner hat selbst zugegeben, daß sich der größte Theil der deutschen Lederindustriellen gegen den Zoll auf Quebrachoholz ausgesprochen habe, und er muß als die Lederindustrie schädigend erachtet werden. Die Erhöhung des Aetherzolles hat insofern keine Berechtigung, als seine Verwendung als Genußmittel in den Hintergrund tritt gegen seine Verwendung als Mittel zu Industrie- und Fabrikationszwecken. Wenn wir uns mit Zöllen dem Ausland verschließen werden, so wird das Ausland dasselbe uns gegenüber thun nach dem Grundsatz: „Mit dem Maße, mit dem Ihr messet, wird Euch wieder gemessen werden.“ (Sehr richtig! links.) Auch die Beschränkung der Zollfreiheit des Bau- und Nutzholzes für die Bewohner der Grenzbezirke muß ich entschieden bekämpfen. Diese Zollfreiheit hat man s. Z. ja gerade eingeführt zu Gunsten der kleinen Sägemühlen in den Grenzbezirken; dieser Grund ist auch heute noch maßgebend für die Beibehaltung der alten Bestimmung und für Ablehnung des Regierungsvorschlages. Die Folge der Aufhebung dieser Zollfreiheit würde z. B. für die Sägemühlen in Sachsen sein, daß diese ihren Betrieb einstellen und die böhmischen Mühlen würden Vortheil davon haben. Die Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamenöl, noch dazu um das Dreifache, trifft besonders hart die armen Leute, indem dieses Oel zur Herstellung des billigsten Nahrungsfettes dient. Man kann nicht bessere Propaganda machen für die Sozialdemokratie, als daß man den armen Leuten noch das bischen Fett vertheuert! (Beifall links.)

Abg. Graf **v. Kanitz** (kons.): Ich kann nur lebhaft bedauern, daß die Vorlage nicht einen weiteren Umfang hat. (Ironische Zurufe links.) Leider binden uns ja die Handelsverträge die Hände; doch daß die hier vorgeschlagenen Zölle die Handelsverträge verletzen sollten, vermag ich nicht einzusehen. Sollen wir immer die Gefälligen sein, die dem Ausland zu Liebe fortgesetzt auf selbständige Tarifänderungen verzichten?! (Zustimmung rechts.) So hat noch in jüngster Zeit Italien seinen Zuckerzoll erhöht, ohne auf uns Rücksicht zu nehmen; desgl. hat Rußland erst im Januar d. J. eine bedeutende Zollerhöhung auf Rohbaumwolle und Baumwollengarne eintreten lassen. — Redner spricht des weiteren sein Bedauern darüber aus, daß Deutschland bei der Ausfuhr eine zu milde Grenzkontrolle in Bezug auf Unterscheidung von Kunst- und Naturbutter ausübe. Die bedauerliche Folge sei, daß die deutsche Butterausfuhr nach England z. B. zu Gunsten der dänischen Butterausfuhr abgenommen habe. Redner stellt für die zweite Lesung einen Antrag auf genaue Grenzkontrolle in Aussicht und plädirt für den Quebrachoholzzoll.

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall** tritt den Ausführungen des Vorredners in Bezug auf die russische Erhöhung des Zolles auf Rohbaumwolle und Baumwollengarne entgegen. Rußland habe diese Erhöhung nicht blos gegen Deutschland, sondern gegen alle Länder eingeführt, und da Rußland in dieser Branche auf den Import vom Auslande her angewiesen sei, so habe Deutschland keinen Schaden aus der Zollerhöhung zu erwarten.

Abg. **Broekmann** (Ctr., auf der Tribüne nur äußerst schwer verständlich) wünscht im Interesse der deutschen Eichenschälwaldungen die Einführung eines Quebrachozolles, der auch für die Erhaltung der kleinen Lohgerber von Wichtigkeit sei.

Abg. **Moeller**-Dortmund (nat.-lib.) erklärt, daß die Vorlage zum Theil eine nothwendige Korrektur längst festgestellter Mängel bedeute. In Bezug auf die russischerseits erfolgte Erhöhung des Zolles auf Baumwollgarne müsse er, Redner, dem Staatssekretär v. Marschall Recht geben; der Zollbeirath habe sich s. Z. klargelegt, daß die Frage der Baumwollgarne hier gar kein Interesse habe. Man möge auf seiten der Feinde des Handelsvertrages nicht immer Zollkuriosa bekritteln; solche Zollkuriosa kämen auch bei uns vor. Redner wendet sich nun zur Beurtheilung des Quebrachozolles, der in Anbetracht der verhältnißmäßig geringen Einfuhr von Quebrachoholz durchaus unangebracht und ungerechtfertigt sei. An und für sich sei übrigens die Qualität des Quebrachoholzes nicht schuld an dem schlechteren Leder, sondern das Leder werde schlecht, weil sich die Industrie gewöhnt habe, mit Quebrachoholz schneller zu arbeiten. Einer Erhöhung des Zolles auf künstlichen und flüssigen Honig tritt Redner mit der Begründung entgegen, daß dadurch ein Lieblingsgenußmittel der gesammten Kinderwelt vertheuert werde, der Leb- oder Honigalias Pfefferkuchen. Auch das Baumwollsamenöl dürfe nicht vertheuert werden. Zum Schluß empfiehlt Redner, die Kommission nicht 14, sondern 21 Mitglieder stark zu wählen.

Reichsschatzsekretär Graf **v. Posadowsky**: Die Absicht der Vorlage verfolgt keine finanziellen Zwecke, sondern sie ist eine Folge lediglich technischer Erwägungen. Was den erhöhten Honigzoll betrifft, so muß ich Herrn Möller in Bezug auf die Lebkuchen-Industrie bemerken, daß schon jetzt diese Industrie vielfach mit Syrup statt mit Honig arbeitet. Zur Quebrachoholzfrage muß ich bemerken, daß sie theils von zolltarifischem, theils von rein wirthschaftlichem Charakter ist. Das Quebrachoholz kommt in drei Arten zur Einführung, in rohen Blöcken, in zerkleinerten Würfeln und in Extraktform. Da könnte man freilich behufs Aenderung des amtlichen Waarenverzeichnisses mit den Vertragsstaaten in Unterhandlung treten. Ich bezweifle aber, daß danach eine Besserung der deutschen Eichenschälwaldkultur eintreten würde. Die 1879 angestellte Statistik ergiebt, daß der deutsche Schälwald seine Produktion bei 15—30jährigem Umtriebe um das Vierfache steigern müßte, nur um dem inländischen Bedarf zu genügen.

Abg. **Bburm** (Soz.) tritt grundsätzlich den in der Vorlage vorgeschlagenen Zollerhöhungen entgegen, welche geeignet seien, Einzelinteressen zu dienen auf Kosten der billigen Ernährung des armen Mannes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Kröber** (südd. Vpt.) bekämpft energisch die Position betr. Zoll auf Nutzholz, der zum Schaden der Grenzbezirke ausfallen würde, und bittet, in der Kommission die einschlägigen Verhältnisse aufs Eingehendste zu prüfen.

Danach vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der ersten Berathung der Initiativanträge, betr. Handwerkerkammer, Befähigungsnachweis, Konsumvereine, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften).

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Fürst Hohenlohe, Frhr. von Marschall, v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein, Thielen u. a.

Zu Ehren des Andenkens des verstorbenen Abg. Brauner (3. Breslau) erheben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Das Haus setzt die erste Lesung des Etats fort.

Abg. **Bachem** (Centr.): Von meinem Standpunkte aus habe ich keine Veranlassung, mich in die Ausführungen über den Ministerwechsel einzumischen. Die Ministerernennung ist Sache Seiner Majestät und wir werden jeder Regierung gegenüber unsere berechtigten Klagen vorbringen. Allerdings erscheint es wünschenswerth, daß jetzt endlich stetige und ruhige Verhältnisse in Bezug auf die Leitung der Staatsgeschäfte eintreten. Das Dementi des „Staatsanzeigers“ wird hoffentlich genügen. Solche Dementis sollten nicht so selten kommen.

Ich komme nun zum Etat. Die Steuerreform hat ohne Zweifel gut gewirkt. Man muß aber jetzt die größte Sparsamkeit walten lassen, damit der Steuerdruck nicht wieder zunimmt. Das Bestreben, den Realbesitz mehr zu belasten, ist in manchen Fällen ja ganz angebracht, aber es ist meiner Ansicht nach nicht richtig, nun etwa nur 100 150 Proz. Zuschläge zur Einkommensteuer als Kommunalsteuer zu erheben. Man muß den Kommunen da etwas mehr Freiheit lassen in der Auswahl zwischen Real- und Einkommensteuer, da der Grundbesitz sehr häufig überlastet wird, namentlich der verschuldete. Aber man sollte nun auch an die Wahlreform herangehen, wie eine solche schon früher in Aussicht gestellt war und von der Regierung versprochen wurde, und nur in Hinsicht auf die Versprechen haben wir der Steuerreform damals zugestimmt. Es ist nun eine Ehrenpflicht des Ministers des Innern, Herrn v. Köller, uns ein solches Wahlgesetz vorzulegen und ich bitte ihn hiermit darum. Was die Verhältnisse der Reichsfinanzen anlangt, so sind wir nicht gesonnen, durch unsere Haltung hier irgend einen Druck auf das andere Haus, den Reichstag, auszuüben. Wir werden uns hier nur mit den preußischen Angelegenheiten beschäftigen und im Reichstage eine Aufrechterhaltung der clausula Franckensteln verlangen. Vor allem müssen wir einmal abwarten, was die Budgetkommission hier und im Reichstag macht. Wir müssen bei allen unseren finanziellen Erwägungen von dem Standpunkte ausgehen, daß neue Steuern bei der heutigen Depression eine große Unzuträglichkeit sind. Das muß ich noch sagen: Das Defizit in Preußen, das wir diesmal haben werden, bedeutet keine Vermögensverschlechterung, aber ein Verausgabungsverbesserung vorhanden. Darum glaube ich, daß die Nothwendigkeit, einen Appell an unseren Patriotismus zu richten, wie das der Finanzminister gethan hat, noch nicht gekommen ist. Kommt aber dieser Augenblick, dann dürfen wir nicht vergessen, daß dieses Defizit von den großen Militärlasten herkommt und daß auch fernerhin die Deckung desselben durch eine Belastung der stärkeren Schultern gefunden werden muß. Jedenfalls sind wir durchaus dagegen, daß nun wieder die Einkommen unter 900 M. herangezogen werden sollen. Wir würden bei einem solchen Vorschlage den Gegenvorschlag machen, nur die Einkommen über 10,000 M. heranzuziehen. Was nun die Konversion der 4prozentigen Staatspapiere anlangt, so kann man dadurch allerdings für den Staat neue Mittel schaffen, ca. 40 Mill. M., wenn man die 4prozentigen in 3prozentige und nicht in 3½prozentige konvertirt. Aber gegenüber einem solchen Wege müssen wir wieder die Frage aufwerfen, ob dadurch die stärkeren Schultern getroffen werden, und diese Frage muß ich verneinen. Außerdem sollte man eine solche Maßregel nur als äußerste Reserve annehmen. Wenn es dem Herrn Finanzminister gelingt, ohne neue Steuern ein befriedigendes Verhältniß der Finanzen der Reichs- und Einzelstaaten herbeizuführen, dann wird er sich ein großes Verdienst um Deutschland erwerben, und wir werden ihm dann gerne folgen. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls sollte das Haus auf der jetzigen Kalamität die Lehre ziehen, keine Forderungen zu bewilligen, wenn er nicht die Mittel dafür schon bewilligt hat. Wenn auch die größte Sparsamkeit walten muß, so sind wir doch nicht gesonnen, nothwendige Ausgaben und solche, die eine Ehrenpflicht für uns sind, abzulehnen. Am wenigsten sollte man nothwendigen Ausgaben auf dem Gebiete der Landwirthschaft entgegentreten. Die Landwirthschaft ist in einer Nothlage, und wir haben lange Jahre für Gewerbe und Industrie mehr ausgegeben als für die Landwirthschaft. Von diesem Prinzip müssen wir jetzt abgehen. Die Förderung des Kleinbahnwesens ist auch nicht unsere Ansicht noch nothwendig, aber es muß da nicht nur für die östlichen, sondern auch für die westlichen Provinzen etwas mehr gethan werden. In der Eifel und dem Westerwald giebt es noch viel ärmere Kreise als im Osten. Was nun den Kultusetat anlangt, so haben wir uns auch schon im vorigen Jahre über Mengel an Parität beschwert (Große Unruhe rechts) und es ist keine ernstliche Beanstandung unserer Beschwerden hier im Hause gehört worden. Auch im jetzigen Kultusetat sind wieder für katholische Zwecke bedeutend weniger Mittel ausgeworfen als für evangelische. Das muß doch ein erbitterndes Gefühl in uns erregen. Wir haben zu dem Minister volles Vertrauen, aber wir haben nicht das gleiche Vertrauen zu seinen Räthen. Die Beamten in Preußen sind zu einem ganz bedeutend überwiegenden Theile evangelisch. Man sollte wieder eine katholische Abtheilung im Kultusministerium einrichten. Daran, daß Seine Majestät sich nicht gescheut hat, das Reichskanzleramt und das Amt des Ministerpräsidenten in katholische Hände zu legen, sehen wir ein Zeichen seiner Gesinnung, daß er den Katholiken traut und die Katholiken ebenso behandelt wissen will wie alle anderen. Wir danken Sr. Majestät dafür und die Katholiken sprechen auch überall ihren Dank dafür aus. Es giebt aber auch keinen Volkstheil, der treuer zum König steht als das katholische Volk, das hat es auch 1848 bewiesen.

Ministerpräsident Fürst **Hohenlohe**: Der Herr Vorredner hat im Eingang seiner Rede über die Gerüchte gesprochen, welche bezüglich des Ministerwechsels umliefen, und hat Bedauern ausgedrückt, daß diesen Gerüchten nicht entschiedener entgegengetreten würde. Es ist, m. H., sehr schwer, den zahlreichen Gerüchten zu widersprechen. Um aber dem Wunsch des Herrn Vorredners in einzelnen Beziehungen zu entsprechen, will ich das Wort ergreifen, um Ihnen meine Ansicht über die kursirenden Gerüchte zu sagen. Ehe ich das thue, muß ich mich zunächst wenden gegen einige Aeußerungen des Herrn Abg. Richter in der gestrigen Sitzung, der ich beizuwohnen zu meinem Bedauern verhindert war. Der Herr Vicepräsident des Staatsministeriums hat bereits gestern darauf geantwortet. Ich halte mich aber doch für verpflichtet, einige Bemerkungen zu den Aeußerungen zu machen, um so mehr, als der geehrte Herr Abgeordnete mir eine mehr ornamentale Stellung angewiesen hat. (Heiterkeit.) Der Abg. Richter hat sich beschwert über den Mangel an Solidarität in den Ministerien. Der Herr Vicepräsident des Staatsministeriums hat bereits gestern darauf geantwortet. Ich habe dann nur zu bemerken, daß allerdings bei Uebernahme meines Amtes nicht nach der parlamentarisch konstitutionellen Form verfahren wurde; indessen haben Besprechungen stattgefunden, die bewiesen, daß keine Meinungsverschiedenheiten über prinzipielle Fragen bestanden. Seitdem glaube ich nicht, daß die Regierung Anlaß zu der Annahme gegeben hat, daß Meinungsverschiedenheiten in ihrem Schoße beständen. Allerdings können ja in einem Kollegium nicht alle Mitglieder derselben Meinung sein. Aber wir bemühen uns in den Besprechungen, diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und wenn wir mit Beschlüssen an die Oeffentlichkeit treten, so sind diese einheitlich. Der Abg. Richter hat von den Gerüchten gesprochen und auch von der Unsicherheit infolge der Ministerwechsel. Ich muß gestehen, in der That kursiren solche Gerüchte zahlreich. Wie entstehen aber diese Gerüchte? Ich will Ihnen sagen, wie die Sache anfängt. Es giebt in Preußen zahlreiche Staatsmänner oder solche, die sich dafür halten. (Heiterkeit.) Diese Staatsmänner haben gute Freunde und diese guten Freunde wünschen, daß ihr Freund an die Stelle käme, an die sie ihn gern gebracht hätten, wie man im Englischen sagt: „The right man on the right place,“ und geschieht das nicht, so sind sie gekränkt. Was thun sie nun? Sie gehen zu einem befreundeten Journalisten — und wer in unserer Zeit ist nicht mit einem Journalisten befreundet? (Heiterkeit.) — und sagen ihm, — nicht, daß der betreffende Staatsmann es wünscht, oder ich wünsche es, daß der betreffende Staatsmann die und die Stellung bekommt, sondern sie sagen, der betreffende Staatsmann X. wird Minister, oder wird Botschafter. Nun glauben sie, daß diese Nachricht doch einmal an maßgebender Stelle gelesen werden und einen Einfluß ausüben könnte. Der betreffende Journalist, dem diese Nachricht gebracht worden ist, dem sie sensationell erscheint, eilt dann und läßt sie drucken, denn Sensationelleres als die Abschlachtung eines Ministers oder Botschafters giebt es nicht! Mir stehen zahlreiche Erfahrungen auf diesem Gebiete zu Gebote. Ich spreche nicht über meine Thätigkeit als bayerischer Ministerpräsident; damals waren die Zeiten zu ernst zu solchen Intriguen, und ich bin durch ein mich ehrendes Mißtrauensvotum beider Kammern beseitigt worden. Anders war es in Paris. Der pariser Botschafterposten ist ein sehr gesuchter. Es fanden sich auch hier gute Freunde, und diese Freunde verbreiteten dann in der Presse, daß Fürst Hohenlohe demnächst seinen Abschied nehmen wollte. (Zuruf rechts: Ausgezeichnet!) Ich muß bemerken, das war schon vor 20 Jahren! (Heiterkeit.) Aehnlich war es in Straßburg. In den 9 Jahren, wo ich dort amtlich thätig war, sind kaum 6 Monate vergangen, ohne daß nicht in irgend einer Zeitung, meistens in berliner Zeitungen, Berichte verbreitet wurden, der Statthalter sei müde und würde abgehen. (Heiterkeit.) Durch solche Dinge entstehen immer Gerüchte. Ich bin demgegenüber sehr kühl, denn die Erfahrungen haben mich gelehrt, daß man darüber weggehen kann. Ich möchte nur wünschen, daß Sie meinem Beispiele folgen und diese Kriegsgerüchte von sich ablaufen lassen wie die Regentropfen vom Regenmantel. (Beifall.) Nun hat aber diese Sache auch eine ernste Seite und eine bedauerliche Seite. Der Zeitungsleser hat nicht den Gleichmuth, der mir eigen ist, sondern er glaubt die Gerüchte, und daraus entsteht die Unsicherheit, die Unruhe und der Pessimismus. Lassen Sie mich schließen mit der Hoffnung und mit dem Wunsche, daß diese Gerüchte endlich ihr Ende finden möchten, und daß es uns vergönnt sei, unsere Arbeit ruhig und ohne Störung zu beenden zum Wohle des Vaterlandes! (Beifall.)

Abg. **v. Schalscha** (Centr.): Die Steuerreform hat dem ländlichen Grundbesitz keine Entlastung gebracht. Das Einschätzungsverfahren erregt auf dem Lande vielfach Erbitterung. Es ist doch unerhört, daß man Grund und Boden, todtes und lebendes Inventar alles besonders schätzt. Weshalb schätzt man nicht auch die Feldgräben mit? Die Ergänzungssteuer berücksichtigt bereits das Steigen der Werthe im voraus; das Sinken der Werthe wird dagegen nicht im voraus berücksichtigt. Dazu wirkt dann noch der russische Handelsvertrag sehr ungünstig für die Landwirthschaft, ohne der Industrie zu nutzen. Durch solche Verhältnisse müssen doch die Werthe sinken. Man merkt das auch bei den Domänenverpachtungen. Die 18 Milliarden, welche der Grund und Boden in Preußen repräsentirt, sind unserer Ansicht nach um 9 Milliarden gesunken. Das ganze Nationalvermögen hat sich um 25 Proz. vermindert. (Abg. Rickert: „Woher wissen Sie das?“) Aus den Büchern. Ich habe die Gewohnheit, wenn ich in die Bücher sehe, die Augen auf zu halten, und wenn ich aus den Büchern sehe, habe ich sie auch auf und weiß, was sich gelesen habe. Wenn aber andere Leute aus den Büchern sehen, machen sie die Augen zu (Große Heiterkeit) und wissen nichts (Heiterkeit) — und das ist der Ruin der Goldwährungsmänner (Große Heiterkeit), und dadurch verarmt schließlich auch das Kapital. Und dann kommt wohl noch die Konzentrirung. Da sollten die Wittwen und Waisen, deren Geld in 4 prozentigen Werthen angelegt ist, herhalten, und die Besitzer von Grund und Boden sollen die hohen Zinsen weiter bezahlen. (Abg. Rickert: „Natürlich!“) Natürlich ist alles natürlich (Große Heiterkeit), aber erfreulich ist es nicht, und wenn die Landwirthschaft ihre Produkte zu einem Preise nur verkaufen kann, der die Selbstkosten nicht erreicht, dann ist der Ruin der Landwirthschaft da. Die Verschuldung der Landwirthschaft hat meiner Ansicht nach im Jahre 1894 um 225 Millionen Mark zugenommen. Auch die Ansiedler können auf den Ansiedelungsgütern nicht bestehen. In hellen Haufen laufen sie weg. Die Silberwährung muß meiner Ansicht nach eingeführt werden, denn alle anderen Mittel, der Landwirthschaft zu helfen, nutzen nichts und kommen nur vor, wie ein schönes Dach, das man auf ein zusammenbrechendes Haus setzen will. Auch mit ihnen stirbt die Landwirthschaft.

Dazu muß dann noch die Landwirthschaft für Wittwen und Waisen und Pensionen aller Art, lauter Dinge, die uns vollständig gleichgiltig sind, Beiträge leisten. Man verlangt jetzt immer nach Aufbesserung der Beamtengehälter. Aber es schickt sich meiner Ansicht gar nicht recht, daß angesichts der allgemeinen Finanzkalamität immer solche Forderungen an uns herantreten. Wenn die produzirenden Stände immer weniger Einnahmen haben, dann muß der Beamte sich auch zu beschränken wissen. Sie brauchen ja doch die Gehaltsaufbesserung nicht zu nothwendigen Ausgaben, sondern nur zur Aufbesserung ihrer ganzen Lebenshaltung. Aufbesserung der Getreidepreise und Veränderung un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950123025/fragment/page=0001

ferer Währung sind die einzigen Hilfsmittel für die Landwirthschaft. Wir haben jetzt überall anderwärts unterwerthige Valuten, und der größte Fluch für Europa ist die unterwerthige Valuta Argentiniens. Solche Länder mit unterwerthiger Valuta exportiren nur und sind für den Import nicht aufnahmefähig. Durch diese schlechten Währungen läßt sich Deutschland bis auf den letzten Tropfen abmelken und ist ganz ruhig dabei und benimmt sich wie eine wohlerzogene Kuh. (Heiterkeit.) Schnell und radikal kann der Landwirthschaft nur der Antrag Kanitz helfen. (Aha! links.) Jetzt lastet auf der Landwirthschaft ein künstlicher Druck, und da muß man kräftig eingreifen. Man sagt immer: Wir wollen kein Monopol. Aber was ist denn an einem Monopol so schreckliches. Dasselbe ist doch nur dann zu tadeln, wenn es politisch ungünstig wirkt. Das wird aber der Antrag Kanitz nie thun. Einen Bruch des Handelsvertrages mit Rußland bedeutet dieser Antrag nicht. Wir werden Rußland ebensogut dann sein Getreide bezahlen, wie ohne ein solches Einfuhrmonopol. Wenn das Ministerium dem Antrag Kanitz nunmehr entgegenkommt, so wird es sich den Dank des Hauses erwerben. Thut es das nicht, nun — Minister werden ist eine Ehre, Minister bleiben unter Umständen nicht.

Abg. **Rickert** (fr. V.): Was die Ministerkrisen in der Presse anlangen, so hat die linksstehende Presse gar kein Interesse an solchen Krisen und kein Interesse, solche Gerüchte hervorzubringen. Aber eine Unsicherheit ist vorhanden, weil wir es erlebt haben, daß ein Minister, von dem es hieß, er sei in vollem Einverständniß mit seinen Kollegen und mit den verbündeten Regierungen, 24 Stunden später gestürzt war. Man sprach dann von einem Abgange der drei Minister v. Marschall, v. Berlepsch und v. Boetticher. Aber diese drei Säulen scheinen nun doch noch festzustehen. Wir stehen jedem Minister sachlich gegenüber, werden aber jeden Minister bekämpfen, der uns wiederum ein Schulgesetz wie das Zedlitz'sche vorschlagen wollte. Es hat mich unangenehm berührt, daß Abg. Bachem wieder von Imparität hier gesprochen hat; wenn es nach dem Centrum ginge, müßten wir einen evangelischen, einen katholischen und einen jüdischen Etat haben (Heiterkeit). Was soll das denn heißen, wenn Abg. Bachem den Patriotismus der Katholiken hier rühmt? Wenn es zu einem Kriege kommen sollte, so werden alle Konfessionen dem Rufe des Königs mit gleichem Eifer folgen. Was den Etat anbelangt, so gefällt mir in diesem Jahre Herr Miquel viel besser als im vergangenen. Aus seiner Rede glaubte ich schon so leise Keime hervorsprießen zu sehen, als wenn auch er zu der Ansicht allmählich kommt, daß es auch ohne neue Steuern geht. Und es wird auch so gehen. Das Defizit von 34 Millionen ist nur ein nominelles. Hat doch der Minister sich auch bei der Schätzung des frühren Defizits zu Gunsten der Staatskasse geirrt. Jede Steuer können wir daher unmöglich bewilligen, am wenigsten die Tabaksteuer, welche Tausende von Arbeitern brotlos macht. Versteuern Sie meinetwegen die feineren Havannahcigarren und den Champagner, aber lassen Sie den Tabak in Ruh! In Bayern glaubt man, daß ganz Deutschland unter dem preußischen Defizit mit leiden solle, wie ein Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" hervorhebt. Doch hoffe ich, daß jetzt die Reformpläne in ein ruhigeres Gleise kommen. Wir werden uns im Reichstage nur von Bedürfnissen des Reiches bei unserer Stellung leiten lassen und die Einzelstaaten nur so weit mit in unsere Erwägungen ziehen, als es unbedingt nothwendig ist. Der Anschauung, daß man keine Zuschüsse von seiten des Staats zu den Kleinbahnen leisten soll, kann ich mich nicht anschließen. Im Gegentheil ist der Staat nach seiner ganzen Haltung bei Erlaß des Kleinbahngesetzes zu einer Unterstützung dieser Bahnen verpflichtet. Von der Eisenbahnreform hoffe ich das beste, wenn sie auch im Hause auf manchen Widerstand stößt. Doch ist eine Tarifreform meiner Ansicht nach unbedingt wünschenswerth. Was den Kultusetat anlangt, so hätte ich eine Besserstellung der Lehrer gewünscht. Ein Lehrerdotationsgesetz muß auf alle Fälle gemacht werden und wenn es 20 Millionen kostet; ich würde dafür stimmen. Auch einer Konversion der 4prozentigen Renten muß ich das Wort reden. Jetzt giebt der Staat den Kapitalisten auf Kosten der Gesammtheit eine Liebesgabe von ca. 35 Millionen, indem er den hohen Zinsfuß aufrecht erhält, wo doch der Zinsfuß überall gesunken ist. An der Börse versteht man nicht, warum die Regierung nicht konvertirt. Stehen doch die 3prozentigen Konsols jetzt 96,90. Das beweist doch, daß das Publikum Vertrauen zu diesen Papieren hat, während die 4prozentigen relativ schlecht stehen. Zu diesen hat das Publikum kein Vertrauen mehr. Also vorwärts, Herr Finanzminister, mit der Konversion! Und zwar recht bald! Dann fließt ihm wieder Geld zu und er kann nothwendige Ausgaben, besonders für die Schule bestreiten. Nun komme ich zu der angeblichen Noth der Landwirthschaft. Die Herren schaden sich selbst mit ihren ewigen Klagen am meisten und erschüttern ihren eigenen Kredit. Was soll außerdem der Sturmlauf gegen die Handelsverträge? Das diskreditirt uns nur im Auslande. Sie sagen, dieselben hätten nach keiner Seite hin uns genutzt. Ja, ein solcher Nutzen kommt nicht auf einmal. Was haben Sie denn mit Ihren Schutzzöllen erreicht? Schlagen Sie einmal an Ihren eigenen Busen! (Große Heiterkeit.) Die Handelsverträge haben auch eine hohe Bedeutung für die Aufrechthaltung des Friedens, denn bei den ohne solche Verträge unleidlichen Grenzverhältnissen könnte leicht ein Konflikt entstehen. Wenn Sie (rechts) den Antrag Kanitz annehmen wollen, dann müssen Sie auch das Schwein des kleinen Bauern monopolisiren, denn derselbe hat an seinem Schweine mehr Interesse wie am Getreide. Es wäre doch erwünscht, wenn auch die Regierung einmal ihre Ansicht über den Antrag Kanitz abgebe. Der Antrag Kanitz ist die Vorfrucht der Sozialdemokratie, und zweifellos ein Bruch der Verträge, und wir wollen von der Regierung eine Auskunft über ihre Haltung zu diesem Antrag haben. Die natürliche Konsequenz eines solchen Antrages ist ein sozialdemokratischer Antrag auf Verstaatlichung des Grund und Bodens.

Minister **Miquel**: Herr Rickert will hier nicht von Reichsangelegenheiten sprechen und thut das doch in einem fort. Eine solche Logik begreife ich nicht. Wie können wir hier namens des Staatsministeriums eine Auskunft über einen Antrag geben, der möglicherweise im Reichstage gestellt werden wird. Die Regierung wird schon im gegebenen Augenblicke eine entschiedene Stellung zu diesem Antrag einnehmen. Was die Herren hier über den Etat gesagt haben, ist das alte Lied. Alle sagen: Sparsamkeit, Sparsamkeit, und zugleich: Geld ausgeben, Geld ausgeben! Aber niemand sagt, woher das Geld für seine Spezialwünsche genommen werden soll. Der gewaltigen klaren Thatsache gegenüber, daß das Reich seine Finanzen um 100 Millionen verschlechtert hat, können alle solche Reden, auch nicht die des Abg. Richter, etwas verschlagen. Die Nothwendigkeit einer Regelung des Finanzverhältnisses des Reichs und der Einzelstaaten ist auf der Hand liegend.

Was nun die Paritätsfrage anlangt, so bin ich auf dem Gebiete des Finanzwesens der Ansicht, daß der Finanzminister als solcher keine Konfession kennt, sondern da giebt, wo das größte Bedürfniß vorhanden ist, und so handelt das ganze Staatsministerium. Also sind die Klagen des Abg. Bachem nach dieser Richtung hin nicht gerechtfertigt. Was nun die Frage der Konvertirung anlangt, so habe ich bis jetzt mich darüber nicht geäußert, weil dabei nichts herauskommt. Ich bin schon seit langer Zeit von Interessenten und Nichtinteressenten, vielleicht von nur Neugierigen, gedrängt worden, bestimmt zu sagen, ob der Staat konvertiren will oder ob er nicht konvertiren will, und ich habe darauf nicht „ja" und nicht „nein" geantwortet, weil ich der Ansicht bin, daß die Regierung auf eine solche Frage nur dann antworten kann, wenn sie zugleich handelt. Vom fiskalischen Standpunkte aus muß ich allerdings sagen, daß eine Konvertirung unserer 4proz. Anleihen in 3proz. augenblicklich wohl durchführbar wäre, aber es kommen dabei noch andere als nur fiskalische Rücksichten in Frage. Die Regierung hat zur Konversion noch keine Stellung genommen und folglich ich auch nicht. (Heiterkeit.) Ich nehme den Vorwurf auf mich, daß ich die ganze Konversionsfrage von einem weitgehenden Gesichtspunkte aus ansehe und lasse es auch darauf ankommen, daß man später vielleicht einmal händeringend sich über die Versäumung des richtigen Zeitpunktes wundert, wenn die Papiere wieder gesunken sein werden. Was die Regelung des Finanzverhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten anlangt, so kann man nicht entweder nur mit direkten oder nur mit indirekten Steuern da helfen, sondern muß die Steuer nehmen, die am meisten dem Zwecke entspricht. Jetzt haben wir bei der Tabaksteuer ein ganz ungerechtes System nach dem Gewichte, und eine Umwandlung dieser Steuer ist am besten geeignet, den Bedürfnissen augenblicklich zu dienen. Wenn dann gemeint wurde, daß ein Defizit gar nicht zu befürchten sei, nun dann geben Sie doch den Einzelstaaten eine gewisse Garantie dafür. Warum wollen Sie das denn nicht? (Sehr gut! rechts.) Wenn man sich beklagt hat, daß das Ergänzungssteuergesetz für die Landwirthschaft ungünstig ausgeführt sei, so kann das meinen Intentionen nicht entsprechen, denn ich bin der letzte, der das Gesetz in einem für die Landwirthschaft ungünstigen Sinne angewandt wissen wollte. Ich muß zum Schlusse nochmals darauf hinweisen, daß man mit einer Ordnung der Reichs- und Landesfinanzen nicht länger warten darf, denn ein Zustand, wie der gegenwärtige darf unmöglich länger anhalten, wenn das Ganze nicht leiden soll.

Abg. **v. Erffa** (kons.): Wenn der Abg. Bachem die Nothlage der Landwirthschaft anerkennt, so will ich hoffen, daß auch seine Freunde im Reichstage die Konsequenzen daraus ziehen. Der Börsenfrage sollte auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung endlich einmal näher getreten werden, da die Börse in mancher Beziehung auch für die Landwirthschaft sehr schädlich wirkt, und auch das Zuckersteuergesetz muß von Reichswegen abgeändert werden, da ja die andern Länder ihre Prämien beibehalten haben. Man sollte eine Verlängerung und eine Erhöhung der Prämien beschließen. Wenn die andern Länder keine Prämien hätten, dann allerdings brauchten wir auch keine, da dann Deutschland den Weltmarkt beherrschen würde. Auch eine Kontingentirung müßte für den Zucker eingeführt werden, in der Weise, daß die landwirthschaftliche Zuckerindustrie vor der gewerblichen bevorzugt wird, ähnlich, wie bei den Branntweinbrennereien. Und zwar muß eine Hilfe für unsere Zuckerindustrie bald kommen. Wir müssen namentlich im Hinblick auf das Vorgehen Amerikas unsere Zuckerindustrie genügend schützen. Dem Antrag Kanitz stimme auch ich, wie meine politischen Freunde zu (Abg. **Rickert**: Nun auch?). Man kann nicht leugnen, daß der Antrag seit seinem ersten Erscheinen eine Menge Anhänger gewonnen hat, und hoffentlich wird die Regierung, wenn der Antrag im Reichstag verhandelt wird, denselben nach allen Richtungen hin ernst prüfen, denn das verdient der Antrag. Ein solches Getreidemonopol ist doch immer noch viel besser, als das usurpirte Monopol der Börse, welche den Getreidepreis herunterdrückt. Auch Abg v. Bennigsen würde seine Ausführungen bei der Berathung des Antrags Kanitz wohl nicht gemacht haben, wenn er den großen Umschwung, der zu Gunsten dieses Antrags stattgefunden hat, hätte voraussehen können, und er wird jetzt wohl auch einen etwas anderen Standpunkt einnehmen. Herr Richter hat in seiner Zeitung eine Schreckenskammer für die Brotvertheurer eingeführt. Aber der Brotpreis hat trotz des so stark gesunkenen Getreidepreises sich auf der alten Höhe gehalten. Man sollte doch wenigstens dafür sorgen, daß die niedrigen Getreidepreise auch wirklich dem großen konsumirenden Publikum zu gute kommen und müßte darum eine Taxe festsetzen, zu welchem Preise das Brot verkauft werden soll. Merkwürdig ist, daß die Herren (links) immer von den Agrariern sprechen und diese tadeln und dagegen niemals von den Hausagrariern sprechen. Ich bin in Bezug auf unsere Finanzen der Meinung, daß man nicht den Reichswagen mit dem Oele der Einzellandtage schmieren soll, damit er gut fährt, sondern, wenn die Zustände des Reichs versagen, ist es Pflicht der Regierung, nach Mitteln zu suchen, um diesen schlechten Zuständen ein Ende zu machen, und in einem solchen Bestreben werden wir die Regierung immer unterstützen. (Abg. Rickert: Wohl Staatsstreich?)

Danach vertagt das Haus die **weitere Berathung** auf **Mittwoch 11 Uhr.**

Schluß 4 Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

Neuss a/Rh., 19. Jan. (Original-Wochenbericht von **Jonas Hoffmann.**) Die schwache Marktzufuhr in **Weizen, Roggen** und **Hafer** findet zu vorwöchentlichen Preisen willige Aufnahme. **Mais, Gerste** und **Hülsenfrüchte** sind unverändert. **Weizenmehl**, bei regelmässiger Abnahme, etwas billiger. **Weizenkleie** wie zuletzt. — Tagespreise: Weizen 112 130 M., Roggen 100–108 M., Hafer 108–112 M. für 1000 kg. Weizenmehl Nr. 000 ohne Sack 18,25–18,50 M. für 100 kg. Weizenkleie ohne Sack 3,45–3,55 M. für 50 kg.

* **Leipzig**, 22. Jan. **Weizen** per 1000 kg netto inländischer 120,—127 M. bez. u. Br., do. ausländischer 140—146 M. bez. u. Br. Flau. **Roggen** per 1000 kg netto inländischer 112-118 M. bez. u. Br., do. ausländischer 124-126 M. bez. u. Br. Matt. **Gerste** per 1000 kg netto Braugerste 135—156 M. bez. u. Br., feinste über Notiz. do. Mahl- u. Futterwaare 100–108 M. bez. u. Br. **Hafer** per 1000 kg. netto inländischer 105—120 bez. u. Br., do. ausländischer —.

* **Hamburg**, 22. Jan. Weizen loco matt, holsteinischer loco neuer 126–134. Roggen loco matt, mecklenburgischer loco neuer 122–124, russischer loco ruhig, loco neuer 76–78. Hafer matt. Gerste matt.

* **Stettin**, 22. Jan. Weizen loco matter, neuer 120 135, per April-Mai 138,00, per Mai-Juni 139,00. Roggen loco matter, 111—116, per April-Mai 116,75, per Mai-Juni 117,75. Pomm. Hafer loco 104—110.

* **Wien**, 22. Jan. Weizen per Frühj. 6,72 Gd., 6,74 Br., per Mai-Juni 6,82 Gd., 6,84 Br. Roggen per Frühj. 5,72 Gd., 5,74 Br., per Mai-Juni 5 83 Gd., 5 85 Br. Hafer per Frühj. 6,18 Gd., 6,20 Br., per Mai-Juni 6,25 Gd., 6,27 Br.

* **Pest**, 22. Jan. Weizen flau, per Frühj 6,57 Gd., 6,58 Br., per Herbst 6,96 Gd, 6 97 Br. Roggen per Frühj. 5,53 Gd., 5,56 Br. Hafer per Frühj. 6,00 Gd., 6,02 Br.

* **New York**, 22. Jan. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Weizen per Mai 60¾.

Zucker.

* **Hamburg**, 22. Jan. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Jan 9,17½, per März 9,22½, per Mai 9,37½, per Aug 9,65. Fest.

* **Hamburg**, 22 Jan. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Rüben Rohzucker I Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg, per Jan. 9,17½, per Mai 9,30. Ruhig.

* **Paris**, 22. Jan. (Schlussber.) Rohzucker, behauptet, 88% loco 24–24,25. Weisser Zucker ruhig, Nr 3. per 100 kg., per Jan. 26,00, per Febr. 26,12½, per März-Juni 26,75, per Mai-Aug. 27,12½.

* **London**, 22. Jan. 96% Javazucker loco 11¼ fest, Rüben-Rohzucker loco 9⅛ fest.

Petroleum.

* **Stettin**, 22. Jan. Loco 9,85.

* **Hamburg**, 22. Jan. Petroleum loco ruhig. Standard white loco 5,35 Br.

* **Bremen**, 22. Jan. (Börsen-Schluss-Bericht) Raffinirtes Petroleum. (Offiz. Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Fester. Loco 5,30 Br.

* **Antwerpen**, 22. Jan. (Schluss-Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 14¼ bez. u Br., per Jan, 14¼ Br., per Jan.-März 14¼ Br., per Sept.-Dez. 14⅞ Br. Fest.

Produktenbörse zu New York am 21. Jan.

Weizen flau.		Kaffee fair Rio No. 7	16
Rother Winterweizen	61	do. Rio No. 7 p. Febr.	14,35
do. Weizen p. Jan.	59⅜	do. do. p. April.	14,25
do. do. p. Febr.	59½	Zucker	2⅝
do. do. p. März	60¼	Schmalz Western steam	6,87½
do. do. p. Mai	60¾	do. Rohe & Brothers	7,20
Petroleum träge.		Mais flau.	
do. New York	5 80	do p. Jan.	49⅛
do. Philadelphia	5,75	do. p. Febr	49¼
do. rohes	6,50 nom.	do. p. Mai	49½
do. Pipe line cert. p. Febr.	97¼	Baumwolle, New York	5¾
		do. New Orleans	5⅛
Mehl, Spring clears	2,30	Kupfer loco	10,00

Weizen anfags schwach und darauf fallend während des ganzen Börsenverlaufs auf schwache Kabelberichte, Verkäufe des Auslandes und Liquidation der langsichtigen Termine sowie infolge geringerer Abnahme der sichtbaren Vorräthe als erwartet. Schluss bewegt.

Mais fallend während des ganzen Börsenverlaufs auf erwartete Zunahme der Ankünfte, sowie infolge grösserer Zunahme der Visible Supply als erwartet und auf Liquidation der langsichtigen Termine.

Berliner Börse vom 22. Januar.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	105,65G
Bairische Anleihe	4	106,25G
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	107,50B
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	138,50B
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	137,70G
Meininger 7 fl-Loose	—	24,75B
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	126,70B

Ausländische Fonds.

Barletta 100 Lire-Loose	—	34,20bz
Freiburger 15 Fr.-Loose	—	28,50B
Mailänder 10 Lire-Loose	—	— —
Mexikaner Anl. à 100	6	72,60bzB
do. à 20	6	73,80bzB
Oesterr. 1860er Loose	5	155,80bzG
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	103,60bz
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	158,75bz
do. do. 1866	5	154,00bzB
Spanische Exterieurs	4	74,75B
Türkische Anleihe	1	— —
do. Administr.	5	99,60bz
do. 400 Frcs.-Loose	—	112,50bzB
Ungarische Gold I.-A.	4½	103,80bzG

Deutsche Hypoth-Pfandbriefe

Anhalt-Dessauer Pfdbr.	4	103,00G
G. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	103,30B
do. V. rz. 100	3½	100,75bzG
do. VI. rz. 100	4	— —
do. VII. unkb. b. 1903	4	104,75G
Deuts. Grundsch.-Obl.	4	101,30bzG
do. do. V./VI.	4	104,60bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	103,00bzG
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	101,70B
do. unkdb. bis 1900	4	104,60bz
Mecklb. Hyp.-W.-Bank	4	102,25G
do. do.	3½	100,70G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	102,20B
do. II. unkdb. bis 1900	4	105,25bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	136,75bz
Nordd.-Gr.-Cred. Pfdb.	4	101,10bzG
Pomm. Hyp.-B. III. IV. neue rz. 100	4	101,80G
do. V., VI. b. 1900 unk.	4	103,75bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	105,50bzG
P.B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	116,50G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	109,00G
do. XIII. rz. 100	4	105,00bzG
Pr. Centrb.-Pfdb. rz. 100	4	100,75G
do. do. 1890	4	105,50bzG
do. do.	3½	100,75bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII.	4	101,60G
do. do. XV-XVIII.	4	104,60bzG
Pr. Hp.-V.-A.-Gs.-Cert.	4	102,25bzG
do. do. 1905	4	105,90bzG
Pr. Hp.-V.-A.-Gs.-Cert.	3½	100,75bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Buschtiehrader B.	10½	— —
Halberst.-Blankenb.	5¼	— —
Ital. Meridional-Eb.	6 3/5	122,00bz
Jura-Simpl. kv. Westb.	0	82,20bz

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	1½	62,30bzB
Dortmund-Gronau-E.	4¾	— —
Marienb.-Mlawkaw	5	121,50bzG
Ostpreuss. Südbahn	4 1/3	118,50bz
Saalbahn	4¾	112,30bzG
Weimar-Gera	4	98,90B

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ital. Meridionaux	6 3/5	121,90bz
do. Mittelmeerb. stfr.	5 2/5	92,40bz

Deutsche Eisenb.-Prior.Oblig.

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Saalbahn	3½	101,40bz
Weimar-Geraer	4	— —
Werrabahn	4	100,10G

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	53,10bzG
do. Mittelmeerb. stfr.	4	88,50G
Lemberg-Czernowitzer	4	95,90bz
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	93,70G
do. Ergänzungsn.	3	92,00bz
do. Gold-Pr.	4	103,40G
Oesterr. Lokalbahn	4	— —
do. Nordwestbahn	5	107,60G
Südöstr. Bahn (Lomb.)	3	70,10bzG
do. Obligationen	5	107,80bz
Ungar. Nordostbahn	5	— —
do. do. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	100,00G
Iwangorod-Dombr gar.	4½	— —
Kosl.-Woronesch Obl.	4	101,40bz
K.-Chark.-Asow (Obl.)	4	101,00bz
Kursk-Kiew	4	102,10bz
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	102,80bzG
Mosco-Smolensk	5	102,90bz
Rjäsan-Koslow	4	102,20bzG
Rjaschk-Morczansk	5	100,80G
Rybinsk-Bologoye	5	101,70bzG
Russ. Südwestbahn	4	102,60G
Transkaukasische	3	88,70bzG
Warschau-Wiener 10er	4	— —
Wladikawkas Oblig.	4	102,50G
Manitoba rz. 1933	4½	101,00G
Northern-Pac. I. bis 1921	6	111,80B
do. II. „ 1933	6	87,00G
do. III. rz. 1937	6	— —
do. „	5	29,50G
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	102,75bzG
do. do. do.	5	90,25bzG
Anatolische	5	93,80bzG
Portug. Eisenb.-O. 1886	—	65,00bzB
do. 1889	4½	34,25G
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	76,10bzG
do. Lit. B.	5	74,00bzG

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	5⅓	127,10G
Berliner Handels-Ges.	5	154,10bz
Cöln. W. u. Komm.	4¾	102,80G
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	5	90,00G
Danziger Privatbank	9	— —
Deutsche Grundschuld	6½	122,00bzG
Essener Kredit	7	131,50bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	151,25G
Hamb. Com. u. Disc.-B.	4	— —
Königsberg. Vereinsb.	4½	103,75G
Leipziger Bank	6	137,75G
Lübecker Kommerzb.	6½	120,00G
Nordd. Grund-Kredit	3	110,50bzG

Industrie-Aktien

A.-G. f. Anilinfabr.	10	212,50bzG
Archimedes	4	92,75G
Bauges. Berl. Charlbg.	7,8	7010
do. B.-Wilmersd. T.-G.	26	7910
Bazar	10	— —
Omnibus-Gesellschaft	13⅓	229,75bz
Braunschweiger Jute	8	150,30bzG
Butzke, Metallindustr.	4	162,00bzG
Charlottb. Wasserwerk	9½	189,60B
Chem. Fabr. Schering	19	275,50bzG
Dessauer Gas	10	192,75bzG
Elberfeld. Farbenfabr.	18	289,50bzG
Erdmannsdorf. Spinn.	6	90,10bzB
Harburg-Wien Gummi	20	284,00bzG
Keyling & Th. Eiseng.	5	114,00bzG
Kurfürstendamm-Ges.	—	1278bzG
La Veloce, Ital. D.	3	66,25G
Ludw. Löwe & Co.	18	368,50bzG
Mälzerei Wrede	4½	83,00bz
Magdeburger Baubank	2	69,25G
Neuroder Kunstanstalt	5½	95,00bzG
Nordd. Eiswerke	3	74,25bzG
Oppelner Portl.-Cemnt.	4½	117,75bzB
Passage	4	87,50bzG
Pferdebahn: Breslauer	7	145,75bzG
Siemens, Glas-Industr.	11	182,60bzG
Stettiner Cham. Didier	15	229,00bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	12½	181,75bz
Wilhelmshütte	1½	58,75G
Zuckerfabr. Fraustadt	12	98,00G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Anhalter Kohlenwerke	4½	— —
Baroper Walzwerk	0	59,25G
Berzelius	9	117,10G
Consolidat. Bergw.-G.	8	167,50bz
Consol. Marie	0	45,00G
Duxer Kohlen kon.	12	174,75bzB
Gelsenkirch. Gussstahl	4	79,50bzG
Georg-Marien-St.-A.	5	70,00bzG
do. St.-Pr.	4	— —
Harzer Eisenw. konv.	0	— —
do. do. St.-Pr.	0	— —
Hugo Bergwerk	7	— —
Inowrazlaw, Steinsalzb.	1	51,10bzG
Kattowitzer	8	140,75bz
Königin-Marienhütte	½	53,80bzG
König Wilhelm conv.	3	111,60bzG
do. St.-Pr.	8	— —
Leopoldsgrub. Edderitz	4½	92,00bzG
Rheinische Stahl Lit. C.	10	157,00bzB

Oblig. v. Indust.- u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	103,50G
Aschersleb. Kaliwerke	5	104,10G
Bochumer Gussstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	109,40bz
Dortmunder Union	5	111,40bz
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II.	4	100,20G
Hamb. Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	4½	— —
Naphta-Obligationen	6	— —
Norddeutscher Lloyd	4	— —
Oberschl. Eisen-Ind.	4½	103,50bzB
v. Tiele-Winkler	4	— —
Westf. Gruben-Verein	5	— —
Zoologischer Garten	5	107,25G

Leipziger Börse, 22. Januar.

Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	[illegible]	95,90bz
3	do.	1000	95,90bz
3	do.	500	95,10G
		Thlr.	
3	Staatsanl. 1855	100	97,50G
3½	do. 67 kv. 4%	500	103,00G
3½	Landrentenbr.	500	100,25G

Zf.		M.	
4	Mansf. Gew. 1882	500	99,75G
4½	do. 1879		99,75G
4	do. Em. 1875		99,75G
4	Lpz. Stadtobl. 1884		104,75B
4½	do. 1876		104,75B
3½	Altb. Landoblig.	1000	103,00G
3½	do do.	5000	103,00G

Eisenb.-Stamm-Akt.

Div.		
9,97	Altenburg-Zeitz	255,00G
72 fl.	Aussig-Tepl. 500 fl.	348,00bzG
8	Böhm. Westb. (5%)	199,00G
10	Buschtehrad. Lit. A.	259,50G
10½	do. do. B.	260,50G
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	106,50bzG
6	Graz-Köflach.	132,50G
0	Saalbahn	37,50bz
0	Weimar-Gera	18,25G
1,15	Werrabahn	65,00B

Eisenb.-St.-P.-Akt.

Div.		
8,8	Altenburg-Zeitz	224,50G
2½ fl.	Dux-Bodenb. Lit. A	131,25G
2½ fl.	do. do. B.	131,25G

Bank- u. Kredit-Akt.

Div.		
8	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	189,25G
5½	Dresdener Bank	156,00G
5⅔	Gothaer Privatb.	118,50G
6	Leipziger Bank	138,00G
6	Sächs. Bank	120,25bzG
4	Zwickauer	99,00B

Ind.-Aktien, Pr. und Stamm-Prior.

Div.		
6	Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmerm.)	117,75B
4	Cröllw. Papierfabr.	— —
—	4% do. Schuldvschr.	101,50G
1½	Dörstewitz-Rattm.	53,00B
2	D.W.M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	71,00G
4½	Geraer Jutesp. u. W.	103,50G
2	Germania (Schw. & Sohn)	121,80G
0	Hallesche Str.-B.	92,00G
1½	Kette Elbs.-G.-Akt.	81,50G
7	Körbisd. Zuckerfb.	90,75bzG

Div.		
5	Leipz. Baubank	100,00G
10	do. Bierb. Reudn., v. Riebeck & Co.	194,00G
8	Lpz. Kammgarnsp.	— —
5½	do. Malzf. Schkeud.	148,00G
0	Mansfelder Kuxe p. St. M.	260,00G
3⅔	Sächs. Kammg.-Sp. (Solbrig)	82,00G
7	Sächs. Masch.-Fab. (Hartmann)	150,75B
12	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	— —
9⅓	Thür. Gasges. Lpz.	178,00G
9⅓	do. Stamm-Pr.	178,00G
6½	S.-Thür. Br.-V. St.	— —
6½	do. St.-Prior.	— —
4	Zeitzer Par. u. S.-A.	75,00G
—	do. do. Oblig.	106,00G
5	Westeregeln, Part.-Oblig.	104,40G
6⅓	Zuckerfab. Glauzig	96,00B
12	Zuckerraff. Halle	142,00bz

Ausl. Eisenb.-P.-Obl.

%		
4	Aussig-Teplitzer	104,00G
5	Böhm. Nordbahn	103,75G
4	do. do. Gold	103,55G
5	Buschtehr. [B Ndw.	107,00G
5	do. Em. 1871	107,00G
5	do. do. 1872	107,00G
4½	do. Gold	104,00G
5	Dux-Bodenbach	104,25G
5	do. Em. 1871	104,25G
5	do. do. 1874	111,25B
4½	Graz-Köflacher	100,50G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	101,25B
4	Kaschau-Oderberg	96,35G
4	Prag-Dux Gold	103,00G
5	do. Gold	113,00G
5	Prag-Turnau	103,75G

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950123025/fragment/page=0002
DFG